

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Wochenschrift: Tageblatt Riesa.
Heftausf. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsadvokatschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststedtort: Dresden 1500
Poststraße Riesa Nr. 52.

Nr. 268.

Montag, 12. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag außer Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabrechnung, für die Zeit vom 10. 11. bis 16. 11. 1923 1 Mark pro Abonnement. Einzelne Ausgaben sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im vorauß zu bezahlen; eine Gewähr für das Erhalten an bestimmten Tagen und Wöchen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Gründchstafte (6 Zilber) 120 Pf.; die 8 mm breite Mellangele 400 Pf.; zeitweise und tabellarisch 50% Abschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Sollpreis ergibt sich aus vorliegenden Grundzahlen verhältnismäßig mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenstättigkeit. Beste Tafte, Verwaltungsfesthalt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Pausen eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nachträgliche Unterhaltungsbefälle „Erzähler an der Elbe“. — Zur Hölzer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Erschütterungen des Betriebes der Tafelerei, der Lieferanten oder der Überlieferungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Sicherung oder Nachlieferung der Zeitung aber auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa. Schätzbarkeit: 200 Millionen.

Der Reichskanzler über die Borgänge im Reiche.

Halle. Reichskanzler Dr. Stresemann traf gestern Nachmittag gegen 5 Uhr in Begleitung des Reichsministers des Innern Dr. Jarres und des Staatssekretärs Kempf in Halle ein.

In einem halbstündigen Rede auf dem Portettag der Deutschen Volkspartei im Walhalla-Theater nahm er, nach von begeistertem Beifall unterbrochen, zu den schwierigen innen- und außenpolitischen Fragen Stellung. Die tiefe innere und äußere Not, der dem Zusammenbruch nahe Stand Deutschlands in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung und als Folge davon die Verwirrung der politischen Leidenschaften, — so führte der Reichskanzler aus — sei verursacht durch die außenpolitische Veräußerung Frankreichs hätte die Möglichkeit, die deutschen innerpolitischen Verhältnisse wesentlich zu ändern, wenn die französische Politik so wäre, dass sie uns das Leben ließe, und so dem Radikalismus in Deutschland entgegenwirke.

Auf die separatistischen Machenschaften an Rhein und Ruhr eingehend, sagte der Kanzler, wenn man nur den Rheinländern selbst die Möglichkeit gebe, sich zu wehren, wäre das ganze Gefüls im 24 Stunden erledigt. Statt dessen, statt vollkommener Neutralität von draußen, werde die Schutzwaffe entwaffnet. Die Haltung Belgien in dieser Frage sei neuerdings erfreulich, und auch England habe erklärt, dass ein Rheinstaat, unabhängig von Deutschland, eine Verlegung des Verhälter Friedens sei, die England nicht annehmen werde. Aus der Berliner Mietung unserer Landesfürsten, der Annahme unseres Auslandserwerbs, unserer Kolonien und der Urgebiete der Produktion müsse wirtschaftlicher, sozialer und finanzieller Zusammenbruch kommen. Die Erhaltung des gegenwärtig zwei Millionen Arbeitslosen und der zwei Millionen Ausarbeiter allein im Ruhrgebiet gehe über Deutschlands Leistungskraft hinaus.

Die Ausgabe werthaltigen Geldes müsse Hand in Hand gehen mit einer rigoros durchgeföhrten Balancierung des Eisla und — so schwerlich dieser auch sei — mit einem Beamtenabbau.

Zur Frage der vom ehemaligen Kronprinzen Wilhelm gewünschten Rückkehrserlaubnis nahm der Kanzler in dem

Sinne Stellung, dass dem Kronprinzen, der nicht der schlechteste Deutsche sei, die Rückkehr in seine deutsche Heimat nicht verwehrt werden dürfe und die Entschuldigung hierüber eine durchaus innerpolitisches Angelegenheit sei, die das deutsche Volk sich nicht aus der Hand nehmen lassen könnte.

Weiter rechtfertigte der Kanzler die Regierung der Reichsregierung in der Angelegenheit des Ernächtigungsgelehen und ging hierauf auf den Münchener Putsch ein. Den Schäden, den diese Dinge angerichtet hätten, würden wir noch lange zu tragen haben. Das Verhalten Ludendorffs in dieser Angelegenheit ist höchst beispielhaft. Die Reichsregierung sei in einer schweren Gewissenskonflikt geführt worden, habe sich aber glänzend bewährt. Der Kanzler erklärte, er würde den Augenblick begrüßen, in dem das Streitfeld zwischen Bayern und dem Reich beigegeben würde. Was den Marschmus anging, so meine er, jener passe für eine Zeit nationaler Vollkraft, nicht aber für eine Zeit des nationalen Niederganges wie die jetzige. Marx selbst würde auf eine Zeit wie die letzte, seine Ideen nicht anwenden.

Aufschlussreiche verurteilte der Kanzler den Streit in den Berliner Notenbanken, der die Herstellung des werthaltigen Geldes gehörte oder doch verzögerte, und damit die schmerzliche Lage des Augenblicks noch verschärfe. Die Regierung werde deshalb mit strengen Maßnahmen gegen diesen Streit vorgehen und rückhaltlos Entlohnungen vornehmen, falls die Arbeit bis heute nicht wieder aufgenommen werde.

Auch zu weiteren Fragen der Innenpolitik, so zur Eisenbahnpolitik, nahm der Kanzler eingehend Stellung, indem er als Ziel dieser Maßnahmen die Balancierung des Staats und die Rückkehr zu einer gesunden und vernünftigen Finanzpolitik bestimmt. Der Kanzler mahnte zur Zusammenarbeit, um aus der tiefen Not unserer Zeit herauszukommen. Mit dem gemeinsamen Gefang des Deutschland schloss die Rundgebung.

Um 8.30 Uhr abends hat der Kanzler die Rücksicht nach Berlin angestrebt.

Dr. Jarres Reichsminister des Innern.

Der Reichspräsident hat den Oberbürgermeister Dr. Jarres, Mitglied des Preußischen Staatsrats, zum Reichsminister des Innern ernannt.

Erregte Stimmung in München.

München. Die Erregung in der Stadt war auch am Sonntag noch nicht im Abkauen. In den Straßen der Stadt, besonders der Altstadt, wogten die aufgeregten Menschenmassen hin und her. In der Nähe des Marienplatzes bildeten sich in den Straßen größere Ansammlungen. Auf dem Königsplatz hatten sich mittags größere Gruppen Studenten eingefunden, die unter Ablösung patriotischer Lieder zum Bahnhof zogen. Auch andere Straßen wurden von Studentengruppen durchzogen. Die Vorfälle der letzten Tage wurden überall erzählt und besprochen. Am allgemeinen konnten die blaue und die grüne Polizei die Ordnung aufrecht erhalten, wenn sie auch verschiedentlich gegen die Ansammlungen einen schweren Stand hatten. Nach den bisher vorliegenden Meldungen brauchte die Reichswehr bis zum Abend nirgends einzutreten. Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, dass der Generalstaatskommissar, die Regierung und die Reichswehr über die notwendigen Maßnahmen einig seien. Es wird als selbstverständlich bezeichnet, dass der fröhliche Kronprinz Bluprecht den Hitler-Putsch entschieden verurteile. Die Beerdigung der Opfer des letzten Blutbades zwischen Reichswehr und Nationalsozialisten bei der Residenz soll am Dienstag stattfinden.

München. Der Generalstaatskommissar hat durch eine Verordnung vom 11. November die Kommunistische Partei verboten und aufgelöst und die sozialistische Presse verboten.

Hitler nicht verwundet.

München. Privatmeldungen aufsorge ist die Auflösung der verbotenen Parteienorganisationen auf dem flachen Lande südlich von München in vollem Gange und wird von Reichswehrtruppen mit Nachdruck durchgeführt. Hitler hat sich bis vorgestern abend auf einem Bauernhof bei Rosenheim aufgehalten. Die Gerüchte, dass die Chorärdialeute in Rosenheim mit Hitler zusammenarbeiten, sind unrichtig. Hitler ist nicht verwundet, er hat sich nur bei einem Sturz die rechte Schulter leicht verletzt. Die Verwirrung und Enttäuschung in den Parteienorganisationen ist groß. Zurzeit werden von ihnen Schritte eingeleitet, ihre Leute auf dem Lande vor neuen Aktionen zu warnen. Vor allem wird im Bunde Überland auf der ganzen Linie zum Rückzug gedrängt. Ludendorff befindet sich in fog. Ehrenbach, d. h. er kann sich seinen Aufenthaltsort selbst wählen, wird dabei aber streng überwacht.

Hitler verhaftet.

WDW. München. (Berichtsmeldung.) Der frühere Nationalsozialist Adolf Hitler ist gestern abend 11 Uhr am Stadtschloss von der Polizei ohne Widerstand verhaftet worden.

Kahr und Löffel erklären die Borgänge.

München. Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr hat Sonnabend mit den Vertretern der Münchner und der auswärtigen Presse zu sich gehalten, um ihnen volle Aufklärung über die Borgänge der letzten Tage zu geben. Dabei erklärte Dr. v. Kahr u. a., er habe zwei Tage vor der Versammlung im Bürgerbräuseller, die durch Hitlers Überfall geführt wurde, eine eingehende vertauensvolle Aussprache mit allen Vertretern und Führern der bayerischen Volksfürsorge gehabt, der auch Hitler und der militärische Führer des Kampfbundes anwesend waren. In dieser Unterredung sei den Herren, die als „angefüllte Pläne“ verfolgten, in aller Deutlichkeit die Rücksicht der Lage dargelegt und mit ihnen auch über die gemeinsamen großen Endziele nationaler Art gesprochen worden. Er (Kahr) habe dabei über die Lage außerhalb Bayerns keinen Zwischenlassen, auch nicht darüber, dass es nur Einordnung und Unterordnung gebe, nur Beharrung, gerade wenn ein gewecktes großes nationales Ziel erreicht werden sollte. Er habe den Herren in aller Deutlichkeit erklärt, dass es ein Verbrechen wäre, wenn Reichswehr und Polizeiwehr in die Notwendigkeit versetzt würden, bei Aufschaltung gegen die Staatsautorität gegen bayerändliche Verbände mit der Waffe vorzugehen. Über allem müsse das Staatsinteresse und der Staat stehen.

Unter schwerem Druck vieler anderer Verantwortungshaber verhielt sich der Kahr und er in der gegebenen Situation sofort ihren Entschluss. Es sei ihnen klar gewesen, dass sie, wenn sie nicht Scheinbar auf sie forderten Hitler eingehen, keine Freiheit des Handels mehr erlangt hätten, die allein es noch ermöglichen konnte, das schwere Unglück zu vermeiden. Die Folgen wären gewesen, dass Reichswehr und Landespolizei sowie viele Kreise vieler anderer Geist und der drohenden Entwicklung und er habe sich Mühe gegeben, Hitler in der Hand zu behalten, seine Bewegung zu sanieren, das Gut daran herauszuholen und die Schäden abzuändern, und vor allem Hitler selbst von Unruhen abzuhalten. Er habe Verprechungen erhalten, die gebrochen werden sollen. Mit dem Versprechen der nationalen Armee, die brave nationale Jugend herauszuführen für selbststänliche Parteizwecke, sei ein miserables Verbrechen begangen worden. Dieses Verbrechen der nationalen Armee sei für die Tradition nur ein Mittel gewesen, ihren Aufhang zu bezahlen, zu verpflegen und damit ganz in ihre Abhängigkeit zu bringen.

Noch Kahr sprach Wehrkreiskommandeur v. Löffel, dessen Worte tiefen Eindruck machten. Er bezeichnete es als unerhörlich, dass die Truppe, die den gestrigen Tag mit weißer Weste überstanden habe, sich nun dafür anpassen lassen müsse vom Pöbel und von der irregulären Masse. Er (Löffel) sei die letzten Wochen am tiefsten vertrockt gewesen mit der drohenden Entwicklung und er habe sich Mühe gegeben, Hitler in der Hand zu behalten, seine Bewegung zu sanieren, das Gut daran herauszuholen und die Schäden abzuändern, und vor allem Hitler selbst von Unruhen abzuhalten. Er habe Verprechungen erhalten, die gebrochen werden sollen. Mit dem Versprechen der nationalen Armee, die brave nationale Jugend herauszuführen für selbststänliche Parteizwecke, sei ein miserables Verbrechen begangen worden. Dieses Verbrechen der nationalen Armee sei für die Tradition nur ein Mittel gewesen, ihren Aufhang zu bezahlen, zu verpflegen und damit ganz in ihre Abhängigkeit zu bringen.

Die Wiederaufnahme der Kontrollverhandlungen.

Am 8. Oktober d. J. hat die Reichsvertreterkonferenz an den deutschen Gesandten in Paris in der Frage der Wiederaufnahme der Kontrollverhandlungen durch die interalliierte Militärkontrollkommission eine Note gerichtet:

Die Reichsvertreterkonferenz ist in einer wichtigen Note vom 8. d. M. auf die Angelegenheit zusammengekommen; die Note lautet in deutscher Übersetzung wie folgt:

Am 8. Oktober hatte ich die Ehre, im Namen der Reichsvertreterkonferenz die Deutsche Regierung aufzufordern, alle erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, um es der Kontrollkommission zu ermöglichen, unverzüglich ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, insbesondere was die Teilnahme ständiger und belgischer Offiziere betrifft. Da die Konferenz die deutsche Regierung nahezu in der Lage erachtet, ihr die Maßnahmen bekanntzugeben, die getroffen werden sind, um dieser Auferfordnung nachzukommen, beehre ich mich, Ihnen in Ihrem Namen mitzuteilen, dass sie die Beantwortung spätestens am 10. November für erforderlich hält.

Die Antwort Deutschlands.

Der deutsche Gesandtschaftsräger hat diese beiden Noten der Reichsvertreterkonferenz am 10. d. M. weitgehend folgendem Weise beantwortet:

Im Auftrage meiner Regierung beehre ich mich, bei der Reichsvertreterkonferenz auf die Note vom 8. November folgendes ergebnis zu erwidern:

Nachdem die Reichsvertreterkonferenz mit Note vom 8. d. M. unter Hinweis auf die schweren Folgen, die im Falle der Aufrechterhaltung des bisherigen Standpunktes eintreten könnten, bei Verlangen gestellt hatte, dass die Wiederaufnahme der Kontrollverhandlungen durch die interalliierte Militärkontrollkommission alsbald ermöglicht werde, in die Reichsregierung unverzüglich in eine eingehende und formelle Prüfung der Frage einzutreten. Es liegt der Reichsregierung nach wie vor fern, die Vereinfachungen zu befreien, die sich für sie aus den Bedingungen des Vertrages ergeben. Sie sieht sich jedoch zu der Erklärung genötigt, dass sie im gegenwärtigen Zeitpunkt tatsächlich nicht in der Lage ist, diesen Verpflichtungen in allen Punkten genug zu werden. Deutschland befindet sie im Augenblick in einem Zustand schwerster innerpolitischer Schwierigkeit. Die Reichsregierung glaubt davon absehen zu können, die Ursachen und die Gefahren dieser Krise der Reichsvertreterkonferenz in diesem Zusammenhang im einzelnen dorgulgen. Nach dem Verhältnissen, wie sie sich tatsächlich in Deutschland abspielen, würde die Wiederaufnahme der Kontrollverhandlungen in dem jetzigen Zeitpunkt einen neuen Komplikationen, die weitere innerpolitisches und zwar außerordentliche Belastung darstellen. Diese Belastung würde also schwerer sein, als nach den übernahmene Neuerungen familiär mit der Frage befassten inneren Stellen das Erscheinen der interalliierten Kontrollorgane zurzeit Zwischenfälle zur unvorstellbaren Folge haben würde, somit würden zu den innerpolitischen sich außenpolitische Schwierigkeiten hinzugehen.

Die Reichsregierung darf annehmen, dass auch die Reichsvertreterkonferenz die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung in Deutschland als Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiederaufbau und als Grundlage für die künftige Leistungsfähigkeit Deutschlands ansieht. Die Reichsvertreterkonferenz wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, dass der gegenwärtige Zeitpunkt nicht dazu geeignet ist, von der deutschen Regierung die schriftliche Durchführung der in der Note vom 8. d. M. gestellten Forderungen zu verlangen.

Die Reichsregierung bleibt daher die Reichsvertreterkonferenz diese Forderungen unter den obwaltenden Umständen zurückzuhalten zu wollen.“

Die Haushalt berichtet, wird die Reichsvertreterkonferenz in einer vorläufigen heute Montag stattfindenden Sitzung Stellung zu dem Inhalt der Note nehmen. Es sei wahrscheinlich, dass sie im Laufe dieser Sitzung auch die Fragen beprochen werden, die durch die Rückkehr des normalen Kronprinzen nach Deutschland aufgeworfen wurden.

Frankreich ängstigt sich.

Au Freitag erhielten der französische Botschafter beim Reichskanzler und teilte mit, dass der französische Ministerpräsident, obwohl es völlig fernliege, sich in irgend welcher innerdeutsche Verhältnisse einzumischen, sich veranlot lese, auf die Benutzung hinzuweisen, die in Frankreich durch Gerüchte über politische Borgänge in Deutschland entstanden sei. Die Gerüchte beklagen, dass bei einem Erfolg gewisser Bestrebungen eine Reichsdictatur zu erwarten sei. In diesem Falle müsse, nach bisherigen Ausführungen führender Persönlichkeiten der deutschen Rechten, mit einer Bereicherung des Reichsvertrages und der Verordnung eines deutschen Revolutionsgesetzes gerechnet werden.

Nachdem der Reichskanzler davon Kenntnis genommen hatte, dass dem französischen Ministerpräsidenten jeder Verlust einer Einwirkung auf innerdeutsche Verhältnisse fernliege, batte er besonders, dass einzige und allein das deutsche Volk darüber zu entscheiden habe, unter welcher Verordnungsworm es seine Politik fortzusetzen wolle. Den Verordnungen einzelner deutscher Länder, die auf eine größere Selbständigkeit im Rahmen des Deutschen Reiches hinzielten, sieht die Reichsregierung selbst nicht unkompatibel geäußert. Wenn im übrigen die extreme Partei links und rechts an Boden gewinnen, so sei das eine Folge der verwickelten Lage, in die Deutschland geraten sei und der gerade der französische Ministerpräsident die Wacht habe zu bewahren. Neben den unzähligen materiellen Schwierigkeiten

bereite auch leidliche Bedrückung dem deutschen Volke die schweren Zeiten; wenn es fehlen müsse, was die deutschen Brüder an Rhein und Ruhr zu erzielen hätten und wie die kleine Minderheit der Separatisten, die sich vielleicht aus den abelsten Verbrecherkreisen zusammenfüge, ungekraut ihr Landesverrätersches Unwesen am Rhein treiben könnte. Die bestigten Angriffe, die gegen die Reichsregierung von radikaler Seite geführt würden, beruhten darauf, daß heute, sechs Wochen nach Abbruch des sozialen Widerstandes, das ganze Wirtschaftsleben an Rhein und Ruhr schwerer unterliege als vor dieser Zeit, und daß gleichzeitig die finanzielle Lage Deutschlands noch katastrophal geworden sei. Der französische Ministerpräsident möge sich darüber klar werden, daß die Reichsregierung nach der Einführung einer festen Währung nicht mehr in der Lage sein werde, die bisherigen gewaltigen Summen für Rhein und Ruhr aufzubringen, wodurch ihre Bestrebungen, das Reichsbudget ins Gleiche zu bringen, gänzlich zunichte werden würden. — Die Münchener Vorläufe hätten gezeigt, daß die Regierungen genügende Kraft und Autorität besitzen, um gewaltfame Bewegungen Herr zu werden. Der französische Ministerpräsident müsse aber auf bedenken, daß derartige Bewegungen gar nicht zum Ausdruck kommen würden, wenn nicht seit dem Friedensschluß jede deutsche Regierung, gleichgültig, auf welchem politischen Standpunkt sie gestanden habe, vergleichsweise um ehräßliche Bedingungen gesämpft habe und von einem anhänglichen Widersatz zum anderen gesieben worden wäre.

Lebhafte Entrüstung im Ruhrgebiet.

Der Staatskriegsfall der Hitler-Organisation hat in allen Sichtern der Ruhrbevölkerung lebhafte Entrüstung hervorgerufen. Die allein geäußerte Entrüstung, daß das Ruhrgebiet und das Rheinland in der Hauptstadt die Auswirkung neuer, von Frankreich geplanter Maßnahmen würden tragen müssen, hellte sich erkenntlicherweise als grundlos heraus, nachdem im Laufe des Nachmittags bekannt wurde, daß es gelungen war, den Umsturzversuch niedergeschlagen. Kennzeichnend für die allgemeine Erregung war die Fülle der verschiedensten wilden Gerüchte, die ebenfalls erst nach Eintreffen der amtlichen Meldungen ablaufen. Die allgemeine Lage im Ruhrgebiet ist obnein noch viel zu ernst, als daß sie eine Belastung durch Erstürmungen von außen her vertreibe. In Beiträgen aller Richtungen ist dieser Gedanke mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden.

Die allgemeine Arbeitslosigkeit ist durch die Stilllegung der Thyssenwerke erheblich verschärft worden, daneben sind von einer Reihe größerer Werke umfangreiche Kündigungen vorgenommen worden. Die Entlassenen werden vorwiegend in absehbarer Zeit auch dann nicht eingestellt werden können, wenn es gelingen sollte, wieder zu produktiver Arbeit zu kommen.

Um Sonnabend kam es in Essen und Umgegend erneut zu schweren Unruhen und Plünderungen.

Die Rücksicht des früheren Kronprinzen.

Haag. Nach einer amtlichen Meldung ist der vormalige deutsche Kronprinz nach Deutschland abgereist.

Haag. Das niederländische Korrespondenzbüro meldet: Nach einer der niederländischen Regierung übermittelten Information hat der ehemalige deutsche Kronprinz die Insel Wieringen verlassen und sich nach Deutschland abgesetzt. Er hat sich dazu entschlossen, nachdem die deutsche Regierung vor einigen Wochen zu verstehen gegeben hat, daß sie gegen seine Rückkehr keine Bedenken erhebe, und nachdem er einen vorbehaltlosen deutschen Pass erhalten hatte. Die Reise erfolgt im Automobil. Sonnabend vormittag hat der Prinz die Grenze passiert. Er befindet sich in Begleitung seines Adjutanten von Mildenau und eines Dieners. Er begibt sich auf seine Besitzung Oels in Schlesien.

Herlin. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, die Note der Postkonsulatkonferenz vom 9. November, in der angefragt worden war, ob die deutsche Regierung dem ehemaligen Kronprinzen die Erlaubnis zur Rückreise nach Deutschland tatsächlich erteilt habe, wie folgt zu beantworten: Der frühere Kronprinz hat bereits vor mehreren Wochen bei der deutschen Regierung den Antrag gestellt, ihm die Rückkehr nach Deutschland zu gestatten. Die deutsche Regierung hat bei der Prüfung des Antrags keinen Grund rechtlicher oder tatsächlicher Art erkannt, sondern kannen, daß es gerechtfertigt hätte, diesem deutschen Staatsangehörigen die Heimkehr zu seiner Familie zu verwehren. Sie hat daher die zuständige deutsche Auslandsvertretung ermächtigt, dem früheren Kronprinzen auf

Angelas Heirat.

Roman von L. G. Möberly.

23. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„S...en den Bräutigam?“ fragte Angela. Eine leise Röte der Erregung überzog ihr Gesicht, und ihre Augen schauten forschend in die strahlend blauen der andern. „Aber ich verstehe das nicht. Wenn Sie ihn an unserm Hochzeitstag erkannt haben, so müssten Sie doch auch wissen, daß seine Frau hier vor Ihnen sitzt und brauchten sich nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, woher Sie mich kannten. Wenn Sie meinen Mann kennen, so müssten Sie doch darauf gefaßt sein, mich hier zu finden!“

Angelas graue Augen leuchteten trostig auf, und ihre Lippen waren fest aufeinandergepreßt, während sie auf die Antwort ihrer Besucherin wartete.

Charles de Larive beobachtete sie unter halbgeschlossenen Augenlidern herauf und lächelte bedeutungsvoll.

„Aber liebe, gnädige Frau,“ rief die hübsche Witwe in beleidigtem Ton und mit einem leisen, verlegenen Aufsehen, „Sie glauben doch nicht etwa, ich hätte Sie nicht wiedererkannt wollen, als ich heute hierherkam? Sie könnten mir glauben, ich habe mir die ganze Zeit überlegt, wo ich Sie nur schon gesehen haben könnte, und das Rätsel wäre wahrscheinlich ungelöst geblieben, wenn Sie nicht von Kirche und Trauung gesprochen hätten. Allerdings habe ich Herrn Erich Martens damals erkannt, aber ich bin gar nie auf die Idee gekommen, daß die Frau Martens, die hier eingezogen war, und die ich zu begrüßen kam, seine Frau sein könnte. Ich bildete mir natürlich ein, Herr und Frau Erich Martens seien auf ihrer Hochzeitsreise in der Schweiz oder Italien oder sonstwo, und ich habe auch nicht im entferntesten daran gedacht, daß ich hier seine Frau treffen würde.“

Die Erklärung, die Frau von Trent sehr glatt über die Lippen floh, klang ganz unheimlich, aber Angela konnte den Eindruck nicht los werden, daß die Sprecherin nicht offen war, wenn sie auch den Beweisgrund nicht erkannte. Über sie hatte sie damals in der Kirche zu auffallend angestarrt, um sie nicht wiedererkannt zu sollen. „Sie wußten wohl nicht,“ sagte sie sehr ruhig, „daß mein Mann in einer wichtigen diplomatischen Mission nach Afrika gehen mußte. Deshalb bin ich hier allein. Es blieb uns keine Zeit zu einer Hochzeitsreise.“

Einen kurzen Augenblick blickten Frau von Trents blaue Augen triumphierend auf, dann lenkte sie den Blick

ihren Antrag einen Tag für die Einreise nach Deutschland auszustellen.

Besprechungen über Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs.

Düsseldorf. Am heutigen Nachmittag fanden am 9. November Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und Vertretern der französisch-deutschen Eisenbahngesellschaften wegen Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs statt. Anwesend waren außerdem ein Vertreter der Rheinlandskommission und Vertreter der Wirtschaftsräte von Düsseldorf und Eilen. Es handelt sich zunächst um eine Vorentscheidung der anstehenden Fragen in groben Zügen, also um eine Rahmenbesprechung, bei der nur die grundlegende Frage festgestellt und eine grundsätzliche Vereinbarung für die späteren Einzelverhandlungen getroffen werden sollte, so u. a. über die Gründung des Wagenparks. Die Franzosen fordern die Wiederherstellung des Wagenparks auf den Stand vom 11. Januar und behaupten, es seien noch 30000 Wagen im unbefestigten Gebiet. Von deutscher Seite wird dagegen erklärt, die Wagen seien zum größten Teile im befestigten Gebiet und könnten nur durch die Verstopfung der Bahnhöfe nicht an die Bestimmungsbahnhöfe gelangen. Der allgemeine Eindruck der Versprechungen ist, daß man sich verständigen werde, da beide Parteien einleben, daß die Frage von grundlegender Bedeutung für die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse an Rhein und Ruhr ist. Auch gestern nahmen die Verhandlungen einen guten Fortgang. Ein Abschluß ist für heute zu erwarten.

Der Buchdruckerstreik in Berlin.

Berlin. Anfolge des Streiks der Buchdrucker sind die Berliner Moratoriumsungen heute nicht erschienen.

Durch Schiedsentschluß eines vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses ist für das Druckeregewerbe der Spätsommerlohn für die Wohnwoche vom 8. bis 9. November endgültig auf 3,5 Billionen Mark festgesetzt worden, nachdem für diese Zeit bereits Vorstöße in Höhe von 1,5 Billionen Mark gesetzt waren. Für die Woche vom 10. bis 18. November wurde der Wochenlohn auf 25 Goldmark bestimmt, die soweit als möglich in wertbeständigen Zahlungsmitteln auszahlt werden sollen. Dieser Schiedsentschluß hat die Zustimmung der Beteiligten nicht gefunden. Es ist vielmehr zu Arbeitsstockungen gekommen, die die Durchführung der Zahlungen in wertbeständigen Zahlungsmitteln in dem bisher in Aussicht genommenen Umfang gefährdet.

Angenichtet der Folgen, die eine weitere Stillelegung des Notendrucks für die gesamte Bevölkerung haben müßt, bat sich nunmehr das Reichsarbeitsministerium veranlaßt gegeben, den Schiedsentschluß für verbindlich zu erklären und zwar zunächst nur für Berlin, da eine Verhandlung hinsichtlich der Durchführung des Schiedsentschlusses für das Reichsgebiet noch nicht stattfinden könnte. Der Reichsarbeitsminister hat an die beteiligten Verbände das dringende Erleben gerichtet, doch beiderseits auf den Boden des Schiedsentschlusses zu treten und damit die Wirtschaft vor schweren Erschütterungen zu bewahren, um so mehr, als die vorgesehene Wohnfesteitung in Goldmark zunächst nur für eine Woche sein soll und dann eine Nachprüfung des festgesetzten Betrages immer noch möglich erscheint.

Der Streik in den Banknotendruckereien verboten.

Berlin. General von Seckendorff erläutert für den Wehrkreis 3 eine Verordnung, wonach die Arbeitsniederlegung in allen Betrieben zur Erzeugung von Banknoten und Wertzeichen und solchen Materialien, die zu ihrer Herstellung erforderlich sind, verboten wird. Zu widerhandlungen sowie Verhinderung Arbeitswilliger werden mit Strafen belegt.

Tagesgeschichte.

Italienische Industrielle im Ruhrgebiet. Laut „Intercorso“ hat die italienische Regierung beschlossen, eine Kommission Industrieller in das Ruhrgebiet zu entsenden, um über die Lage vom Standpunkt der italienischen Kommission Ausschüsse zu erhalten.

Schwedische Liebesgaben für das deutsche Volk. Wie das „Svenska Dagbladet“ mittelt, hat sich das Schwedische Rote Kreuz mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Deutschland, den Lebensmittelangst, die Arbeitslosigkeit und den fallenden Marktwert zu einer verstärkten Hilfsmaßnahmen in Deutschland entschlossen. Die Tötigkeit bei einem Teil der Kinderkrankheiten, die im vorigen Winter in verschiedenen deutschen Städten errichtet wurden, soll

zu Boden und begann mit ihrem Sonnenblümchen Muster in den Kies der Terrasse zu zeichnen.

„Oh,“ sagte sie dann bedauernd, „Ihr Herr Gemahl ist in Afrika? Wie einfach müssen Sie sich fühlen, Sie arme, kleine Frau! Ich — ich habe Herrn Erich Martens früher gut getanzt,“ fügte sie dann mit einem leisen wehmütigen Lächeln hinzu.

Sofort erinnerte sich Angela, daß Erich völlige Gleichgültigkeit in betrifft der Dame gezeigt, ja, daß sie ihm in der Kirche nicht einmal aufgefallen war, und daß er bei ihrer Beschreibung erklärt hatte, er habe eine ähnlich aussehende Person in seinem Leben nicht gesehen.

Man mußte die Dame doch wiedererkannt, wenn man ihr einmal begegnet war. Und da Angela sich all dieser Dinge erinnerte, drängte sich der jungen Frau die Überzeugung auf, daß ihre Besucherin sie aus irgendeinem Grunde belogen, oder, wenn sie nicht tatsächlich log, so doch wenigstens nicht die unverhüllte Wahrheit sagte.

Diese Überzeugung mußte wohl in Angelas klaren Augen ausgedrückt sein, und Frau von Trent mochte daher ziemlich genau erraten, was in ihr vorging, denn sie sprach mit einem leisen Seufzer:

„Es ist nicht anzunehmen, daß Herr Martens sich melner erinnert. Ich habe ihn öfters im Hause seines Vorgesetzten, des Herrn Geheimen Regierungsrats Berlin, getroffen, und seit Kurzem habe ich auch die Bekanntschaft seines Freunden Rolf Stern gemacht. War er nicht Ihr Trauzeuge?“

„Jawohl,“ antwortete Angela und überlegte wieder, wie es möglich sei, daß Erich sich dieser auffallend hübschen Frau nicht erinnerte, wenn er Gelegenheit gehabt, sie öfters zu sehen. Einen Augenblick lang wollte ein Zweifel sie erfasst. Wußte Erich mehr von dieser Frau, als er ihr zu sagen für gut befunden? Hatte er sie nur täuschen wollen, als er vorgab, die Fremde in der Kirche gar nicht gesehen zu haben? Hatte er —

Aber ihr Herz sprach nein und abermals nein. Das energische Profil ihres Gatten stieg vor ihrem geistigen Auge auf, sie sah den offenen, klaren Blick seiner braunen Augen, den ernsten Zug um die Lippen, die hohe, breite Stirn, und mit einem stolzen, sicherem Gefühl sagte sie sich, daß der Mann, der ihr vor dem Altar Treue gelebt, ihres Vertrauens würdig sei, und daß nichts ihre Zuversicht erschüttern könne.

Als sie wieder sprach, klang ihre Stimme ganz ruhig, und in ihren Worten lag die Sicherheit der Frau, die seit Jahren jede Einzelheit aus dem Leben ihres Mannes kenn-

tet jetzt wieder aufgenommen werden. Die Oberverwaltung des Schwedischen Roten Kreuzes hat bereits viele Beweise dafür erhalten, daß das Interesse dem deutschen Volk in diesen schweren Zeiten beizubringen, lebhaft ist. In diesen Tagen hat u. a. die Schuhfabrik A. & C. Oscaria in Örebro 1000 Kronen zugunsten der Betätigung des Roten Kreuzes für Kinder im befreiten Gebiet gespendet. Das Schwedische Rote Kreuz wird auch in diesem Jahre der Allgemeinheit Gelegenheit bieten, Liebesgaben nach Deutschland zum bevorstehenden Weihnachtsfest zu senden. Zu diesem Zweck hat das Rote Kreuz eine Sammelbestreit in Trelleborg bestimmt.

Einführung des Regierungskantons im Rheinland. Auf allen Regierungsbahnen wird ab 11. November 1923 der Regierungskantone als Zahlungsmittel eingeführt. Den französischen Soldaten ist der Verlauf von Franken auf deutsche Bürger oder Behörden streng verboten worden.

Reparationsabgaben geraubt. Aus Norden wird gemeldet: Freitag nachmittags traten mehr als 1000 Männer auf dem Zechenplatz der Zeche Löbbecke, welche z. St. stillstieg, ein und bemächtigten sich des dort liegenden Reparationsabzugs. Der Werkführer und einige Aufsichtsbeamte, die sich den Leuten entgegenstellten, wurden mißhandelt. Polizeibeamte und belgische Soldaten zu Pferde versuchten die Menge zu vertreiben. Trotzdem konnte nicht vermieden werden, daß ungefähr 1/2 der vorhandenen Kohle geraubt wurde. Ein Arbeiter wurde von einem Polizeibeamten erschossen, als sich dieser ihm mit dem Knüppel entgegenstellte.

Am undens geplanter Volksflug. Noch Amundsen ist gestern in seinem Heim in Svalbard bei Christiania eingetroffen. Einem Vertreter des „Aftenbladet“ erklärte er, daß er hinsichtlich des Volksfluges noch keine Bestimmung getroffen habe. Die ganze Errichtung hänge von der Verabschiebung der notwendigen Gelder ab; Amundsen erhofft viel von der Ausgabe von Nordpolstreimarken.

Nahrungsmittelplünderungen in Dresden. Am Sonnabend wurden in der Theaters-, Reichs-, Großstädter-, Nikolai- und Oederstraße Bäder- und Fleischerläden geplündert. Schuppoldizie zerstörte die Ansammlungen und nahm eine größere Anzahl Blümchen fest. Kleinere Ansammlungen, die im Laufe des Tages in anderen Stadtteilen stattfanden, wurden durch Schuppoldizie zerstört, ohne daß es zu Zwischenfällen kam.

Der schwedische Minister des Neuen von Hedemora ist zurückgetreten. Der Minister des Neuen von Hedemora ist zurückgetreten. Bei seinem Nachfolger wurde der Präsident des Reichsgerichts Mag. von Wittenberg ernannt.

Ein Verschieder von Edelmetallen festgestellt. Gestern vormittag wurden in Berlin bei dem aus dem Osten zugewanderten Uhrmacher Abraham Razel in der Barnimstraße Edelmetalle in Form von verschiedenartig Münzen, Ringen und Barren, sowie 40 amerikanische Dollar und 33 Billionen Papiermark beschlagnahmt. Da Razel in dem Verdachte steht, Gold, Silber und kostbare Edelmetalle zu verschließen, wurde er von der Kriminalpolizei festgenommen und in das Polizeipräsidium eingeliefert.

Explosion auf einem deutschen Dampfer. Auf dem zur Abfahrt nach Amsterdam bereitliegenden deutschen Dampfer „Rhein“ entstand aus unbekannter Ursache in dem auf Deck liegenden Zelluloid eine Explosion, die sich schnell über Deck ausbreitete. Es gelang leichtlich, das Feuer zu löschen. Die Dampfbäume und die Leitungen des Dampfers wurden zerstört, ebenso das Dach eines Schuppens im Hafen.

Die Reichswehr in Jena. Sonnabend morgen rückte die Reichswehr in Jena ein. Es fanden Handfahrungen statt u. a. im Gebäude der kommunalen Firma. Auch sind eine Reihe von Verhaftungen erfolgt. Die Polizeistunde wurde auf 11 Uhr festgesetzt.

Oesterreichische Bruderkilfe. Der Verfolg des Verbands der österreichischen Bauten und Bankeiros eingeleitete Hilfsaktion für Notleidende in Deutschland sind außer der von den Banken diesem Zweck gewidmeten großen Spende weitere 350 Millionen Kr. geschieden worden. — In einem Artikel zum 12. 11. der „Wiener Zeitung“, daß das österreichische Volk diesen Tag in erster, aber zweitstärkster Stimmung begehen könnte, da der durch das Sanierungswerk unternommene Welttag versucht in ausdrucksstarkster Durchführung begrüßt wird. In dem Artikel wird weiter das deutsche Bruderwohl erachtet, daß eben jetzt sich dem Höhepunkt seines Leidens zu nähern scheine, und der aufdringliche Wunsch ausgedrückt, daß aus den letzten Kämpfen ein gemeinsamer nationaler Deutschland der Wille, der Arbeit und des Friedens wieder aufsteigen möge.

„Wenn Mann trifft in seiner amtlichen Stellung so viele Personen, daß Sie ihm wirklich verzeihen müssen, gnädige Frau, wenn er sich Ihnen nicht erinnern, besonders an seinem Hochzeitstage, wo er natürlich andere Gedanken hatte. Hätte er Sie erkannt, so hätte er Sie natürlich ansprochen, aber er fragte mich sogar, ob die fremde Dame in der Kirche vielleicht eine Bekannte von mir gewesen sei.“

Angela hatte diese Worte in so ruhiger, höflicher Weise gesprochen, daß keine Beleidigung darin liegen konnte, aber doch fühlte Frau von Trent sich für den Augenblick geschlagen, und Charles de Larive sah die junge Schloßherrin plötzlich mit bewundernden Blicken aus seinen dunklen Augen an.

Bis jetzt hatte er die Unterhaltung nur mit holdem Jägergespräch verfolgt, er hatte sich innerlich über die kleinen Bänkchen der Frauen amüsiert, und es hatte ihm Spaß gemacht, den wechselnden Ausdruck auf den beiden Gesichtern zu beobachten. Aber Angela legte Worte hinter ihr, die genauer anzusehen, und er freute sich, wie das junge unerjährige Ding sich zu wehren verstand und wie stolz sie sich aufgerichtet hatte, während die klaren grauen Augen voll und offen auf der Gegnerin ruhten und ein liebenswürdiges Lächeln um ihre Lippen spielte. Als er nun den Blick zu Frau von Trent wandte, zuckte es wie ein feiner Spott über sein ausdrucksvolles Gesicht. Sie war äußerlich ganz ruhig geblieben, aber wer sie kannte, sah, daß sie aus ihrer Sicherheit aufgerichtet war, und sie erinnerte wieder an ein Raubtier, das auf der Lauer liegt und nur auf die Gelegenheit wartet, sich auf sein Opfer zu stürzen. Sie zeigte nicht mehr mit ihrer Schirmpeitsche in den Kies, sondern sie hatte sich auf ihrem Stuhl weit vorgelehnt und sah Angela mit einem Blick an, der um Entschuldigung zu bitten schien.

„Sie haben ganz recht, liebste Frau Martens,“ sagte sie, „es ist gar nicht anzunehmen, daß Ihr Gatte mich erkannt haben sollte. Ich glaube sogar, er wird sich nicht einmal meines Namens erinnern, wenn Sie ihm allenfalls schreiben sollten, daß ich hier gewesen bin. Denn wir haben uns durchaus nicht gut gekannt. Das habe ich doch auch nicht gesagt? Oder doch? Es wäre mir wirklich leid, wenn ich mich so undeutlich ausgedrückt hätte. Ich habe Ihren Herrn Gemahl nur ein paarmal bei dem Geheimrat getroffen, und wenn ich mich auch seiner sehr gut erinnere, kann ich wohl begreifen, daß er mich nicht mehr kennt.“

Dortmunder und Sächsisches.

Riesa, den 12. November 1923.

— Keinen Goldblöcken verkaufen! Raum liegen die ersten „Goldmark“ in den Verkehr durch Zahlung des Lohnes in Goldanleihe oder Tollsachungsanweisungen, da sind jämmerliche Kreaturen am Werk, dem arbeitenden Volke dieses wertbeständige Goldgeld wieder zu entziehen, um es zum eigenen Vorteil in verrätherischer Spekulation zu verwenden, deren Machenschaften die neue Goldmark auf dem Weg der alten Papiermark drängen sollen. Die Goldmarkhändler vertrauen auf die Unkenntnis breiter Kreise und bieten den doppelten Betrag des Tagesverlustes im Papiermarkt, reden vor, das dies scheinbar ein Geschäft zu ihrem Nachteil ist. Lohnempfänger, verkaufen Eure wertbeständigen Zahlungsmittel nicht! Ihr seid unter allen Umständen die Benachteiligten. Weit vor allem die Aufsteiger vor den Industriewerten zurück oder ließt sie der Polizei aus. Alle jolche Geschäftsmacher sind Schmarotzer am deutschen Wirtschaftsleben, sind Schwule, die von der Not des Volkes leben.

— Geinshärtungen im Personenzugverkehr. Wie bereits mitgeteilt, zwinge die Beschaffung der allgemeinen Wirtschaftslage und die Offizie zu äußerster Variabilität die Reichsbahn zu einschneidenden Einschränkungen im Personenverkehr. Diese Einschränkungen werden von heute Montag ab durchgeführt. Die im Bereich der Reichsbahndirektion Dresden eintretenden Zugbeschränkungen werden durch einen besonderen roten Aushang bekannt gemacht, der auf den Stationen angebracht wird. Dieser Aushang wird gegen Erstötung der Selbstkosten auch an Interessenten abgesetzt.

— Gestohlen wurde in der Nacht zum Sonnabend den 10. d. M. aus einem Schuppen der Förderei Schlosswerke unterhalb des Stadtgartens ein zu einem Bogenfriet angerichtetes Stück Eichenholz von 1,70 m Länge, 22 cm Breite und 20 cm Stärke im Werte von 21 Billionen. Um Mitteilung sachdienlicher Wahrnehmungen bittet der Kriminalpolizei.

— Für Arztsversorgungsschreibtische. Um Mithilfeverbündeten vorzubereiten, seien die Verpflegungsberechtigten des bayerischen Bezirks darauf hingewiesen, daß für diese ausdrücklich die Bestimmungen des zuständigen Verpflegungsamtes Melchen maßgebend sind.

— Einlösung der Lauchhammer-Gutscheine. Die von der Linke-Hoffmann-Lauchhammer A.G. am 25. Oktober ausgegebenen Gutscheine werden bis zum 15. November 1923 bei den im heutigen Anzeigenteil bekanntgegebenen Banken eingelöst.

— Goldanleihe als Zahlungsmittel. Um die Goldanleihe als Zahlungsmittel zu fördern, hat die Riesa der Commerz- und Privat-Bank Goldanleihe-Konten eingerichtet. Auf das diesbez. Interat in heutiger Nummer sei hingewiesen.

— Goldmarkgiroverkehr. Die Städtegirofasse gibt im heutigen amtlichen Teil bekannt, daß sie bereit ist, Goldmarkkonten zu eröffnen. Interessenten seien auf die Bekanntmachung aufmerksam gemacht.

— Vor Aufschaltung der Handelswirtschaft für Brennstoffe. Wie aus von der Amtshauptmannschaft mitgeteilt wird, wird die Handelswirtschaft für Brennstoffe Ende Dezember d. J. aufgehoben. Die amtlichen Verteilungsstellen (Kohlenausgleich), die Landesbehörden und Kohlenwirtschaftsbüros werden an diesem Tage aufgelöst. Reichsauslandsbewegungsscheine für die Zeit nach der Auflösung werden nicht mehr ausgegeben. Es empfiehlt sich, daß sowohl Händler als Verbraucher sich schon jetzt mit marktfreien Brennstoffen eindecken, zum mindesten aber befürchtet sind, daß die Belieferung der ausgegebenen Rohstoffarten und Bezugsgutscheine restlos erfolgt.

— Zur Ausgabe der Rentenmark. Wie verlautet, werden am 15. November zunächst 293 Millionen Rentenmark ausgegeben. Diese werden an die Bevölkerung, die Reichsarbeiter und die Kassen des Staates zur Ausgabe gelangen. Die Reichsregierung nimmt an, daß sie vor hier aus ohne weiteres in den allgemeinen Verkehr bringen werden. Es sei übrigens bemerkt, daß die Verminderung, der auf folge am 15. November die Notenpreise künftig wird, nicht so zu verstehen ist, als ob mit dem Ende dieses Tages die Ausgabe des Papiermark vollständig aufhort. Da vielmehr laufende Verpflichtungen des Reiches noch bestehen, muß möglicherweise der Notendruck einige Tage noch fortgesetzt werden.

— Gutscheine der Oberpostdirektion Dresden. Zur Belebung des großen Mangels an Zahlungsmitteln hat sich die Oberpostdirektion Dresden entschlossen, Gutscheine in fünf verschiedenen Werten und zwar zu 20, 50, 100, 200 und 500 Milliarden Mark in den Verkehr zu bringen. Die Scheine zu 20, 50 und 100 Milliarden sind auf hellblauem, die zu 200 und 500 Milliarden auf hellgrauem Wasserzeichenpapier gedruckt. Bei den ersten drei Sorten ist der Kennwert rot, bei den 200-Milliarden-scheinen braun und bei den 500-Milliarden-scheinen rotlich-violett gedruckt. Die Scheine zu 20, 50 und 100 Milliarden tragen als Ausgabedatum den 2., die zu 200 und 500 Milliarden den 5. November. Eine genauere Beschreibung der Scheine kann bei jedem Postamt des Bezirks eingesehen werden. Die Gutscheine werden bis zum 15. Dezember d. J. durch alle Postanstalten des Bezirks eingelöst; ein besonderer Aufruf zur Einziehung erfolgt nicht.

— Für eine Silbermark 150 Milliarden. Der Anfang von Reichssilbermarken durch die Reichsbank erfolgt vom 12. d. M. ab bis auf weiteres zum 150-Milliarden-Wert Beiträge des Rentenwerts.

— Falsche Reichsbanknoten über 500 Millionen Mark und über 5 Milliarden Mark. Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über 500 Millionen Mark mit dem Datum des 1. September 1923 und über 5 Milliarden Mark mit dem Datum des 10. September 1923, die ihren Schluß in einem natürlichen Wasserzeichen und in den im Papierstoff eingebetteten Wasserzeichen tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an der mangelhaften Nachahmung oder dem Fehlen der Sicherheitsmerkmale — Wasserzeichen und Wasserzeichen — erkannt werden. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Für die Aufdeckung von Fälschungswertstiftungen und dahin führende Angaben zahlt die Reichsbank hohe Belohnungen.

— Achtung, falsches Notgeld! Ein Unbekannter hat 50 Milliarden-Scheine der Amtshauptmannschaft Dresden-Reutstadt durch Handzeichnungen mit roter Tinte mit dem roten Überdruck „Zehn Billionenscheine“ gefälscht und in den Verkehr gebracht. Vor dem Unbekannten wird gewarnt und gegebenenfalls um seine Entnahmen ersucht.

— Gegen vorzeitiges Schließen der Päden. Das Postamt der Stadt Dresna bezeichnet es als unzulässig, daß jeder einzelne Kleinhändler für sein Geschäft die Verkaufszeit nach seinem Gutdünken festlegt, aber das Geschäft an manchen Tagen überhaupt nicht öffnet, obgleich er noch Waren vorrägt hat. Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Papiermark Reichsmark ist und ihre Annahme nicht verwiesen werden darf. Händler, die diesen Vorschriften zuwider handeln, haben strenge Strafmaßnahmen des täglichen Bodens mit Gegenständen des täglichen Bodens zu gewärtigen.

— Verkehrs einschränkungen an Rhein und Ruhr. Verkehrsbeschränkungen im Personen-, Güter- und Expressverkehr nach Stationen des Einbruchsgebietes am Rhein und Ruhr bestehen unbedeutend weiter.

Diefe Übersichtung nach diesen Gebieten muß daher bis auf weiteres unterbleiben.

— 35 Milliarden für eine Straßenbahnsfahrt. Von heute Montag an wird der Grundfahrsatz der Städtischen Straßenbahn in Dresden von 25 Milliarden auf 30 Milliarden Mark erhöht.

— Im Bandesmuseum für Sachsen. Im Bandesmuseum für Sachsen soll auch dieses Jahr Weihnachten gefeiert werden. Wie früher wird groß und klein um Mitarbeit gebeten. Der Bandesverein Sachsischer Heimatforschung bittet alle „Bastler“, Broden von selbstgefertigtem einfachen Christbaumstumpf einzufertigen, Doktor Professor Senft, Oberlehrer Förster, Schriftsteller Hahnwald und Bertrand Enderlein werden eine Ausstellung treffen. Die ausgewählten Schnitzstücke sollen dann von den Herstellern nach Vereinbarung mit dem Heimatforschung für die einzelnen Bäume verwüstigt werden. Auch die Schulen sind angefordert, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen, der ja so recht geeignet ist, den Sinn für schlichte Volkskunst zu wecken. Da die Beweisfestigung der Einzelstücke einige Zeit beansprucht, so muß die Einlieferung bis spätestens Sonnabend, den 1. Dezember erfolgt sein. Die Arbeiten sind mit Kennwort und Briefumschlag, in dem sich die Anschrift des Verfertigers befindet, an den Heimatforschung, Dresden-N. Schlesische 24, abzugeben.

— Studenten in Rot. Die Hochschul-Wirtschafts-Gemeinschaft, Dresden, teilt mit: Uns wurde bisher vom Berufsverband Bauherren durch eine größere Mittelpunktswahlung monatlich ein Rentner Weihen gesandt. Der Berufsverband Tropoldiswalde lädt wöchentlich 20 Brotscheiden und der Feuerlöscher-Verein hat uns eine Zusage von 10 Rentner Weihen gemacht. Der Verein der jungen Landwirte vom Maibach hat 120 Rentner Kartoffeln zu schicken verstanden. Unser Bedarf für den Winter, besonders an Kartoffeln ist noch nicht genügend gedeckt, und wir erlauben uns daher, nochmals die Bitte auszusprechen, wenn möglich in ähnlicher Weise wie im vorigen Jahre unsere Kartoffelverfügung sicherstellen zu wollen. Wir hoffen, daß die angeführten guten Beispiele zahlreiche Nachahmer finden werden, denn kein Stand leidet heute so, als die deutsche Studentenschaft, die Zukunft des deutschen Volkes.

— Der Streit im Bornaer Revier. Der Streit im Bornaer Revier dauert fort. Die Befehlschichten von 22 Werken haben unter Beauftragung der Tiefbaubehörden beim Schichtungsbauamt in Leipzig auf Wieder-einstellung gefordert. Mit dem Werk Böhmen haben Eingangsverhandlungen stattgefunden. Auf Grund der Belehrungen haben von der 1100 Mann starken Belegschaft am 7. November 800 Mann die Arbeit wieder aufgenommen. Auch in Romsdorf wurde die Arbeit am Dienstag wieder aufgenommen. Dagegen ist der Wilhelmshütte noch geschlossen und außerdem haben die Bubenhorster Werke den Betrieb eingestellt und die Arbeiter entlassen, angeblich wegen Mangel an flüssigen Mitteln.

— Gruftsteinbrecher festgenommen. Durch die Stuttgarter und Berliner Kriminalpolizei sind fünf Personen festgenommen worden, die zahlreiche Einbrüche in Gräber, u. a. auch den Einbruch in die Weimarer Kürstengruft und in die Weimarer Gräber in Dresden verübt haben.

— Der Babelkommissar für Bad Elster. Die Nachrichtenstelle in der Staatsanwaltschaft teilt mit: Regierungsrat v. Burgsdorf, der Babelkommissar von Bad Elster, den die Regierung vor einiger Zeit für die Belebung in ein anderes Amt in Aussicht genommen hatte, verbleibt nach einer neuzeitlichen Verfügung in seiner jetzigen Stellung.

— Die Verwendung besonderer Dienstmarken bestätigt. Auf Veranlassung des Reichspostministers ist jetzt die vor einigen Jahren eingeführte Verwendung besonderer Dienstmarken zur Deckung von dientlichen Briefsendungen der Reichsbehörden sowohl im Fern- wie im Ortsverkehr bestätigt worden. Damit fällt viele unproduktive Arbeit weg; zahlreiche Beamtenkräfte werden überflüssig und erhebliche sachliche Aufgaben für Beschaffung, Berechnung und Kontrolle der Dienstmarken werden erweitert. Die Postverwaltung erhält in Zukunft von der allgemeinen Finanzverwaltung am 15. eines jeden Monats eine den Gebührenverhältnissen sich jeweils anpassende Aufschüttung, deren endgültige Höhe auf Grund von Zahlungen im November 1923 und März 1924 festgestellt werden wird.

— 28 gehämmerte Brotscheine. Es ist zwar nicht in Sachen passiert, sondern in Berlin, aber es findet nichts, wenn man von den Dummheiten anderer erzählt, denn davon profitiert man oft am meisten. Also: In einer Brotverteilungsstelle in Berlin ertranken dieser Tage eine Frau und verlangte den Umtausch von — 28 gehämmerten Brotscheinen, die postnommen abholen geworden waren. Der Augenzwinge dieses Vorganges bemerkte dazu: Man hätte die Frau solange empören sollen, bis sie ihre gehämmerten abholenden Brotscheine selbst aufgezehrt hätte. Ganz richtig! Nur hätte man die Gauner nicht vergessen dürfen, die durch Brotstreitkämpfen ohne Ende und alarmierende Gerüchte die bedauernswerten Frauen, die sich um die Erfüllung ihrer Familien sorgen, loslos machen und sie zu solchen Dummheiten, wie dieser Brothamster, hinreichen lassen.

— Ein schlechtes Weinjahr. Aus allen deutschen Gauen wird gemeldet, daß die diesjährige Weinrebe quantitativ die schlechteste seit vielen Jahren sei. Die Ernte ist so gering, daß die Winzer die Trauben für ihren eigenen Bedarf lassen, da sich die gleichzeitige Verwertung nicht lohnt.

— Dresden. Am Sonnabend mittag geriet ein großer mit sogenanntem Nonnenholz beladener Kahn der Vereinigten Oelbeförderer auf der Fahrt nach Hamburg vor der Marienbrücke außer Fahrbewegung und so auf einen der Strompeile. Der Kahn legte sich alsbald vor die Brücke, wodurch die gesamte Schiffahrt gesperrt wurde. Gegen Abend gelang es zwei Dampfern, den Kahn wegzuholen, der dann wegen mehrfacher Beschädigung unterhalb der Dresdner Brücken vor Anker ging.

— Böhm. In der Nacht zum 7. November erbrachen Kirchenräuber die Eingangstür der heiligen katholischen Kirche und raubten das vergoldete Eborium mit heiligen Hostien. In der Sakristei ist alles durchwühlt und durchsucht worden und ein großer Teil der Kirchenwäsche geraubt worden.

— Chemnitz. Vor dem Chemnitzer Schöffengericht stand der etwa 22-jährige Herausgeber der berüchtigten „Chemnitzer Nachtwelt“, Hans Staberow. Er wurde wegen Verbreitung unsittlicher Schriften und wegen Beleidigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde betont, daß verschiedene seiner in dem Sensationsblatt erschienenen Nachtwörter als grob unsittig zu bezeichnen seien, und daß Staberow als höchst frivoler Weise die Ehre eines Chemnitzer Bürgers verunglimpft. Das Schöffengericht vertrat die Ansicht, daß allein das Streben nach Gelderwerb, falls es auch die Absicht nach Beleidigung von Mißtänden die Triebe für Staberow gewesen ist. Der mitangestellte Chemnitzer Kolportagebuchhändler H. Lehmann erhielt wegen des Vertriebs der „Nachtwelt“ 500 Milliarden Goldmarkstrafe.

— Helsnitz i. B. Wegen Versuchs der Einkommenssteuerhinterziehung hat das Finanzamt Helsnitz gegen den Vertriebsbändler Gustav Schmidt in Papierleben auf 122 Billionen 800 Milliarden Mark und gegen den Viehhändler August Schmidt in Liebenau auf 118 Billionen 800 Milliarden Mark Goldstrafe erkannt.

* Neinig. In den letzten Tagen hat sich hier ein wahrscheinlich gelting minderwertiger Mensch in Wolfshausen als bewohnter Schularzt ausgeschrieben und in verschiedenen Räumen Kunden und Wödchen untergebracht. Ein Schülertester, dem das Benehmen dieses „Schularztes“ verdächtig vorkam, veranlaßte seine Festnahme. Es handelt sich um einen 25 Jahre alten Bohnenbonier.

— Leipzig. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zum Freitag auf der Bahnhofstraße Sennenhundebauhaus. Ein von Holzhausen-Zuckelhausen nach Lieberwolkwitz abgelaufener Verlorenzug fuhr kurz vor der Haltestelle Sennenhundebauhaus in eine Gruppe Herren. Viele von ihnen konnten noch rechtzeitig beiseite springen, während zwei überfahren und getötet wurden. Es sind dies der Lehrer Wildenberger aus Holzhausen und der Monteur Krüger aus Zuckelhausen. Die Verunglückten, die einen Regelclub angehörten, waren in der späten Abendstunde mit anderen Mitgliedern der Vereinigung die Schonen entlang gegangen. Wohl körte noch einer „Sichtung“, doch im gleichen Augenblick war das Unglück geschehen. Beide hinterließen Frauen und Kinder.

Gerichtsraum.

— Schöfengericht. Die 22 Jahre alte Tochter eines Schöfengerichtsmitglieds, die von Schöfingen zur Aufbewahrung übergebenen Reißpinsel, um darüber anderweitig im eigenen Nutzen zu verfügen. Weitere Stahl ist in Dresden in zwei Höhlen als Untermieterin verschiedene Sachen und unterstellt in München einen größeren, für Rechnung ihres Dienstherren eingekauften Geldbetrag. Das Dresden Schöfengericht wußt sieben Monate Gefängnis für alle drei Straftaten aus.

Aus und Wissenschaft.

— Die Bildaktion der russischen Wissenschaften aus Gunsten ihrer deutschen Kollegen verläuft erfolgreich. In verschiedenen Erholungsheimen sind 70 Plätze für deutsche Gelehrte zur Verfügung gestellt worden. Es sind ferner an deutsche Professoren Einladungen zur Abhaltung von Vorlesungen an den Moskauer Hochschulen ergangen und zwar u. a. an die Professoren Chirlich, Neuberg, Frank, Werner und Luther.

— Von der Landesuniversität. Der ordentliche Professor an der Universität Bonn Dr. W. Lange ist vom 1. April 1924 an zum ordentlichen Professor für Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten in der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

Turnen, Sport und Spiel.

— Von schreibt uns: NSV. schlägt VfB. 3:0 (1:0). Das mit großen Letteren angekündigte „Riesaer Derby“ hatte am Sonntag eine ansehnliche Zuschauermenge angelockt und brachte der Gaukasse ein ganz hübsches Betrag zu. Im NSV-Sturm lobt man Blau, während als Verteidiger Blau spielt. Bei den Blau-weisen wirkte wieder Debes als Mittelläufer. Gleich zu Beginn des Spiels zieht der NSV-Sturm vor Kurzschrittigkeit, kann aber bei der ausmerkamen Hintermannschaft, der einzige Rückblick in der Elf, nichts erreichen. Die Blau-weisen sind in der ersten Halbzeit nicht in der Lage, sich aus der Umklammerung frei zu machen. Über nur ein Elfmeter, nachdem bereits einer verschossen wurde, brachte den ersten Erfolg. In den ersten Minuten der zweiten Halbzeit kommt VfB. ein Luftschiff und leitet verschiedene Angriffe ein, die aber schon bei der Verteidigung verpuffen. Dann übernahm der NSV wieder vollkommen das Kommando. Schuß auf Schuß knallte auf Kaluscha Ritter, der aber alles meisterte. Trotzdem mußte er noch zweimal das Leder passieren lassen. Die VfB-Elf lieferte ein zwar flottes, aber technisch armes Spiel. Die wenig eingeübten Angriffe waren von vorn herein schon durchsichtig und ließen jedes System vermissen. Die Läuferreihe der Blauweisen konnte ihrem Gegenüber das Blaue nicht reichen. Die Verteidigung war noch der beste Teil der Mannschaft, vor allen Dingen Kaluscha im Tor arbeitete vorzüglich, der seinen Verein auch vor einer höheren Niederlage bewahrte. Die NSV-Elf zeigte sich ihrem Gegner bei weitem überlegen. Der Turnvogel befand fast nichts zu tun und die Verteidigung entledigte sich ihrer Arbeit sicher. Die Läuferreihe, der beste Teil, zeigte ein vorbildliches Spiel. Es war eine Freude, wie von hier aus Angriff auf Angriff eingespielt wurde. Der Schiedsrichter Hömer (Wochl) war diesem Spiel ein vorzelter Leiter. — Die Reserve wurde in Nürnberg vom dortigen Sport-Verein mit 3:1 geschlagen. — W.

Böllswirtschaftliches.

— Goldpreise im Tonwarengewerbe. Im Verband Deutscher Tonwarenfabrikanten und Kunstmöbeln werden für sämtliche Spezialgewerbe: Braun- und Buntgeschirr, Steinzeug (Weiterwald), feuerfestes Kochgeschirr, Majolika Goldpreise festgelegt, die für die hauptsächlichsten Artikel auf Einheitslisten beruhen.

— Das Ende der „Hotelmehrzahl“. Der Reichsverband der deutschen Hotels hat beschlossen, zur Goldmarkrechnung überzugehen, und bereits der letzte Multiplikator, der am 23. Oktober veröffentlicht wurde, näherte sich mit seinen 15 Milliarden dem Goldmarkkurs. Ähnlich werden nun die Rechnungen in Goldmark umgerechnet und am Tage der Siedlung in Papiermark umgerechnet. Als Umrechnungsfaktor für die Goldmark dient der amtliche Berliner Dollartarif, dividiert durch 4,20 und wird, wenn die erste Bestandsstelle unter 5 lautet, auf volle Milliarden nach oben abgerundet. Durch die Einführung der Goldmarkrechnung erhält sich in Zukunft die Bezeichnung der „Hotelmehrzahl“.

— Heutiger Dollarkurs (amtlich): 63123500000 Fernsprechmeldung, ohne Gewähr.

Wirtschaftszahlen für den 12. November 1923.

Wirtschaftszahlen für den 12. November 1923.	
Das Gesetz.	
1 Goldmark (Berliner Briefmark)	150 375 000 000 Papiermark
1 Taler Goldtal. (Berliner Kurs)	— Milliarde
1 Dollar Schaffn. (Berliner Kurs)	— Milliarde
1 Goldmarkauspreis (1-Mark-Stück)	150 000 000 000
Goldumrechnungsfaktor für Reichsmarken	150 000 000 000
Reichsmarkzahl	

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 12. November 1923.

Deutsche Beerdigung der Münchner Opfer.

München. Die Beerdigung der Opfer der letzten Zusammenstöße zwischen der Reichswehr und den Nationalsozialisten bei der Röntgen soll heute stattfinden.
(München, Amlich.) Au dem Auftruf des Stellvertreters des Ministerpräsidenten Dr. Molt vom 9. November wird noch berichtet: Der Auftruf wurde in München erst gegen Mittag gemeinsam mit jenem des Generalstaatskommisars angeklungen. Dieses Zusammenkommen erhöhte die Unklarheit über die bestehenden Machtverhältnisse. Der Auftruf wurde bereits nachts um 2 Uhr erlassen. Auf die Stunde der Festhaltung der Minister im Bürgerbräu hatten sich die übrigen Minister mit Dr. Molt verständigt in dem Entschluss, die verfassungsmäßige Gewalt unter allen Umständen hochzuhalten. Sie wußten zwar, daß der Generalstaatskommisar mit allen Mitteln den Bürgerbräu weiter bekämpfen werde. Angesichts der Vorgänge im Bürgerbräu war jedoch die Sache für die übrigen Minister zu jener Stunde noch nicht geklärt. Da sie aller Machtmittel beraubt und anherste waren, sich an die Bevölkerung Münchens und an das übrige Land zu wenden, andererseits die Gefahr bestand, daß das übrige Bayern irregeleitet würde, entschlossen sie sich, an den Sitz einer anderen Kreisregierung (Stegnburg) zu gehen, um von dort aus die Regierungswelt in den Händen zu haben. Doch in der Nacht hatten sie durch Rundfunk eine Bekanntmachung erlassen, daß die verfassungsmäßige Regierung weiter bestehen und daß die Beamten ihr zu folgen hätten. In einem nur für München bestimmten Auftruf wandten sie sich außerdem an die Bevölkerung mit der Aufforderung, Widerstand zu leisten einem Plan, der der nationalen Sache Deutschlands nichts nützen konnte, für Bayern aber das Ende bedeuten mußte, obwohl es an diesen von Nichtbayern gezeigten Plänen keinen Anteil hatte.

Arte im französischen Bergbau.
(Paris.) Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter lehnte die Abmilderungen mit den Grubenbesitzern

Amtliches.

Bezirks-Rotgeld

wied in

5-Milliarden Scheinen Nr. 83001-88000 und
20-Milliarden Scheinen Nr. 30001-35000
Nr. 38001-43000
Nr. 40001-43000
durch Lieberdruck seither 5- und 20-M.-Scheine
vergeltet) durch die Stadtstraße hier ausgegeben.
Großenhain, am 12. November 1923.

Die Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 83 des Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft in Niemaa "Nietzner Waagenfabrik Zeidler & Co." ist heute eingetragen worden: Die Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Die Firma lautet fünfta: Nietzner Waagenfabrik Zeidler & Co. Aktiengesellschaft in Niemaa. Der Gesellschaftsvertrag der Aktiengesellschaft ist am 9. September 1923 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Waagen und sonstigen Erzeugnissen des Maschinendienstes, einschließlich aller hiermit unmittelbar oder mittelbar in Verbindung stehenden Hilfs- oder Nebengeschäfte. Die Gesellschaft führt das von ihr bei der Gründung übernommene, bis dahin unter der Firma Nietzner Waagenfabrik Zeidler & Co. in Niemaa betriebene Handelsgeschäft weiter. Die Gesellschaft ist befugt, zu diesen Zwecken im In- und Ausland Anlagenüberlassungen zu errichten, Grundstücke zu erwerben und zu veräußern, sich bei ähnlichen anderen Unternehmungen zu beteiligen und überhaupt alle Maßnahmen zu treffen, die zur Errichtung oder Förderung ihres Zwecks angemessen erscheinen. Das Grundkapital beträgt zwölf Millionen Mark und ist eingeteilt in 3400 Stück Stammaktien und zwar 2000 Stück zu je 1000 Mark, 800 Stück zu je 5000 M. und 600 Stück zu je 10000 M. sämtlich auf den Inhaber lautend. Nun Vorstand ist bestellt: der Diplomingenieur Fritz Zeidler in Niemaa. Die Gesellschaft wird rechtsverbindlich vertreten: 1. wenn der Vorstand aus einer Person besteht, durch diese, 2. wenn der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, entweder durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmittel und einen Prokuristen. Stellvertretende Vorstandsmitglieder stehen in Bezug auf die Vertretungsbeauftragung den ordentlichen Vorstandsmitgliedern gleich. Beamtiprokura ist ertheilt: a) dem Ingenieur Eugen Hering in Gröba, b) dem Kaufmann Karl Julius Scharrer in Niemaa. Sie dürfen die Gesellschaft nur gemeinsam vertreten und die Firma zeichnen. Weiter wird bekannt gegeben: Die Bezeichnung und Abberufung der Vorstandsmitglieder erfolgt durch den Aufsichtsrat vorstehenden im Einverständnis mit seinem Stellvertreter. Die Generalversammlung besteht der Aufsichtsrat oder der Vorstand, unter Abgabe der Tagesordnung, mittels öffentlicher Bekanntmachung und zwar so, daß zwischen dem Tage der Bekanntmachung und dem Tage der Versammlung, beide Tage nicht mitgerechnet, ein Zeitraum von mindestens 18 Tagen liegt. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen rechtskräftig durch einmalige Bekanntmachung im "Deutschen Reichsanzeiger", soweit nicht im Gesetz abweichendes vorgeschrieben ist. Die Gesellschaft behält sich vor, ihre Bekanntmachungen außerdem durch vom Aufsichtsrat jeweils zu bestimmende andere Blätter zu veröffentlichen, ohne daß jedoch von der Veröffentlichung in diesen Blättern die Rechtsgültigkeit der Bekanntmachung abhängt. Die Aktien sind sämtlich von den Gründern übernommen worden. Diese sind Ingenieur Emil Zeidler, Diplomingenieur Fritz Zeidler, Banddirektor Alfred Nömberg, Fabrikberbeiter Fritz Hoede sämtlich in Niemaa und Direktor Heinrich Koppenberg in Gröba. Emil Zeidler und Fritz Zeidler überlassen der Gesellschaft die bisher unter der Firma Nietzner Waagenfabrik Zeidler & Co. betriebenen Unternehmen. Außerdem überträgt Emil Zeidler der Gesellschaft das Eigentum an den Grundstücken Blätter 842, 1049, 1197 des Grundbuchs für Niemaa. Emil und Fritz Zeidler erhalten für diese Erscheinungen 900000 M. in Aktien zum Reinbetrag. Die übrigen Aktien werden bar geleistet, mit einem Aufgebot von 4900%. Mitglieder des ersten Aufsichtsrats sind Fabrikberbeiter Emil Zeidler, Fabrikberbeiter Fritz Hoede, Banddirektor Alfred Nömberg, sämtlich in Niemaa und Direktor Heinrich Koppenberg in Gröba. Von den mit der Annahme eingerichteten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie der Revisoren kann bei dem unterzeichneten Gericht, von dem Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Handelskammer Dresden Einsicht genommen werden.

Amtshauptmannschaft Niemaa, am 7. November 1923.

ab. Im Norden des Pas de Calais droht die Verschärfung des angekündigten Streiks bei einem Nichtzuhandenkommen übereinstimmender Regelungen bis zum 18. November.

Wilson an das amerikanische Volk.

(London.) Reuter meldet aus Washington: Der ehemalige Präsident Wilson richtete gestern auf radiotelegraphischen Wege eine Botschaft an das amerikanische Volk, in der er erklärte, die einzige Art und Weise, in der die Vereinigten Staaten wirkliches Bewußtsein der Bedeutung des Wahlschlusses zeihen könnten, wäre sein, daß sie sich entschließen, ihre Selbstsicht beiseite zu stellen und nach höchsten Idealen der internationalen Politik zu handeln.

Der Steuerabzug bei Lohns und Gehaltszahlungen.

Als Folge der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse sind Betriebe und Behörden, um die Arbeitnehmer vor Geldentwertung möglichst zu schützen, dazu übergegangen, die Lohn- und Gehaltsbeläge nicht mehr nach Ablauf einer Lohnzahlungsperiode vier Wochen umzusetzen und würden in der ersten Woche 50 Milliarden, in der zweiten Woche 100 Milliarden, in der dritten Woche 150 Milliarden und in der vierten Woche 250 Milliarden gezahlt werden, dann würde der Gesamtbetrag der Lohnzahlungsperiode 550 Milliarden ausmachen. Von diesem Betrag waren bis zum Ablauf der dritten Woche 300 Milliarden gezahlt, also mehr als 50 Prozent des Gesamtbetrags. Within würden bei der Berechnung des Steuerabzuges von dem gesamten Lohn- oder Gehaltsbetrag in der vierten Woche die in der dritten Woche geltenden Ermäßigungen anzuwenden sein. Hierbei wird darauf hingewiesen, daß Versicherungsbeträge und sonstige Leistungen vor der Berechnung des Steuerabzuges nicht abgezogen werden dürfen. Der Steuerabzug ist vielmehr vom Bruttolohn oder Gehalt vorzunehmen. Die Versicherungsbeträge müssen durch die Ermäßigungen für Werbungskosten mit abgezogen. Diese Regelung gilt auch für die Berechnung der Abführung der Betriebssteuer.

Wie ist dieses Verfahren auch weiterhin beobachtet wird. Voraussetzung ist dabei allerdings, daß der Arbeitgeber die Abzahlungszahlung nur in einer solchen Höhe demäßt, die es gestattet, von dem verbleibenden Rechnungsbetrag den gesamten Steuerabzug zu decken. Im anderen Falle würde die Haftung des Arbeitgebers aus § 52 des Einkommensteuerabzuges in Anspruch zu nehmen sein. Unzulässig würde dieles Verfahren auch dann sein, wenn es lediglich zum Zwecke der Finanzierung der Steuererleichterung eingeführt worden ist. — Die Praxis, welche Ermäßigungen für den Steuerabzug vorzunehmen sind, verursacht keine Schwierigkeiten, wenn sich die Ermäßigungen für die Steuerabzugsbeträge während der Lohnzahlungsperiode nicht geändert haben. Wenn dann sind diejenigen Ermäßigungen anzuwenden, die zur Zeit der Abzahlungszahlung gelten. Daben sich dagegen die Ermäßigungen während der Lohnzahlungsperiode geändert, so sind nach einer Anordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen die Ermäßigungen zu berücksichtigen, die in der Woche gelten, in der mehr als 50 Prozent des getilgten auf die Lohnzahlungsperiode entfallenden Betrages oder Gehaltes gezahlt werden sind. Würde also beispielsweise eine Lohnzahlungsperiode vier Wochen umfassen und würden in der ersten Woche 50 Milliarden, in der zweiten Woche 100 Milliarden, in der dritten Woche 150 Milliarden und in der vierten Woche 250 Milliarden gezahlt werden, dann würde der Gesamtbetrag der Lohnzahlungsperiode 550 Milliarden ausmachen. Von diesem Betrag waren bis zum Ablauf der dritten Woche 300 Milliarden gezahlt, also mehr als 50 Prozent des Gesamtbetrags. Within würden bei der Berechnung des Steuerabzuges von dem gesamten Lohn- oder Gehaltsbetrag in der vierten Woche die in der dritten Woche geltenden Ermäßigungen anzuwenden sein. Hierbei wird darauf hingewiesen, daß Versicherungsbeträge und sonstige Leistungen vor der Berechnung des Steuerabzuges nicht vom Lohn oder Gehalt abgezogen werden dürfen. Der Steuerabzug ist vielmehr vom Bruttolohn oder Gehalt vorzunehmen. Die Versicherungsbeträge müssen durch die Ermäßigungen für Werbungskosten mit abgezogen. Diese Regelung gilt auch für die Berechnung der Abführung der Betriebssteuer.

Commerz- und Privat-Bank

Hamburg-Berlin Aktiengesellschaft Gegründet 1870
Filiale Riesa.

Goldanleihe als Zahlungsmittel.

Um die Einführung der Goldanleihe als Zahlungsmittel zu fördern, haben wir

Goldanleihe-Konten

eingerichtet.

Einlagen auf diese Konten in zinslosen Goldanleihe verzinsen wir in Goldanleihe je nach Dauer der Kündigung.

Die Führung der Konten erfolgt völlig provisionsfrei.

Die erste Einlage soll mindestens 500.— betragen.

Über die Guthaben kann durch Quittung, Scheck oder Überweisung auf ein anderes Goldanleihe-Konto unsrer 300 Filialen und 180 Depositenkassen in Deutschland verfügt werden. Die Ausdehnung des Überweisungsverkehrs auf andere Banken ist vorgesehen.

Über alle Einzelheiten geben wir an unseren Schaltern und durch Fernsprecher (Nr. 65 und 610) bereitwillig Auskunft.

Riesa, am 10. November 1923.

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Filiale Riesa.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die von uns am 25. vor. Mts. ausgegebenen Gutscheine bis zum

15. November 1923

bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, der Commerz- und Privatbank und bei der Riesaer Bank einzulösen sind.

Riesa, den 12. November 1923.

Linke-Hofmann-Lauchhammer A.-G.

Werk Riesa.

Wir suchen für unsere preisw. In Blatt-Schuh-

creme u. c. et. et.

Platzvertreter,

welche eigenes Lager halten.

Deutsch & Cie., G. m. b. H. Dresden-U. 24.

Fabrikgebäude

mit Keller (seitl. stillgelegte Brauerei usw.), Nähe Bahn, für Konsernenfabrik geeignet, zu kaufen ge- sucht. Angebote unter B 94 an Bla. Haasestein & Vogler, Dresden, erbeten.

Weiden-Verkauf!

Fork Blaubitz, Post und Bahn Langenberg Gs.

Sonntagnachmittag, den 17. November 1923, sollen

sich 2 bis einjährige Mietbewerber zur Selbstwerbung vorsellen, unter den vorher bekannt zu gebenden Bedingungen meistbietend versteigert werden. Gebote in Goldmark. Bezahlung am Tage der Versteigerung in verbleibenden Zahlungsmitteln. Beginn 1 Uhr an der Poststelle.

Sucht sofort ein tüch-

tiges, erfahrene

Haushäldchen

(fortbildungsfrei).

Brau Dr. Blaue

Blaubitz.

Ein sauberer, ehrlicher

Mädchen

zur Auswartung gesucht.

Bei erst. im Tagebl. Blaue.

Dienstag Seestadt.

Carl Blaue, Gröba.

Er, Sie u. Hamlet

Sie müssen lachen!

Die heutige Nr. umfaßt

4 Seiten.

Vereinsnachrichten

Gastwirtverein Riesa und Umge. Mittwoch,
14. d. W. nachm. 11.5 Uhr Monatsversammlung
beim Holl. Herm. Post. Markt. Wicht. Z. S.